

Reformbedarf im Stiftungsrecht aus rechtsvergleichender Perspektive

Stellungnahme zum Bericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe
„Stiftungsrecht“ an die Ständige Konferenz der Innenminister
und -senatoren der Länder

von Prof. Dr. Birgit Weitemeyer¹, Hamburg

Inhaltsübersicht

I. Hintergrund der aktuellen Reformdebatte	432
II. Bedingungen für ein nachhaltiges Stiftungswesen	434
III. Reformvorschläge im Einzelnen	439
1. Merkmale der Stiftung bürgerlichen Rechts	439
a) Wesen der Stiftung	439
b) Beschränkung der Stiftungszwecke	441
aa) Zulässigkeit privatnütziger Stiftungen	441
bb) Zulässigkeit von Unternehmensstiftungen	444
c) Zulässigkeit von Zeit- und Verbrauchsstiftungen	449
2. Anerkennung der Stiftung	452
a) Konzessions- oder Registrierungsverfahren	452
b) Anforderungen hinsichtlich der Gemeinwohlgefährdung als Anerkennnishindernis	456
c) Anforderungen an das Stiftungsgeschäft	460
d) Anforderungen an das Stiftungsvermögen	463
3. Name der Stiftung	465
4. Sitz der Stiftung	467
a) Interlokale Sitzverlegung	467
b) Internationale Sitzverlegung	468
5. Änderung der Satzung einschließlich der Änderung der Stiftungszwecke	472
a) Änderung des Stiftungszwecks und sonstiger wesentlicher Satzungsbestandteile	474
b) Sonstige Satzungsänderungen	479
c) Verfahren	480
6. Einführung eines lebenszeitigen freien Änderungsrechts des Stifters	481
a) Bedürfnis	481
b) Ausgestaltung	485
IV. Fazit	490

¹ Bedanken möchte ich mich für die hilfreiche Unterstützung bei der Ausarbeitung des wissenschaftlichen Apparates bei meinen wissenschaftlichen Mitarbeitern Herrn Elias Bornemann und Herrn Ruben Rehr sowie den wissenschaftlichen Hilfskräften Frau Elena Münster und Herrn Jan Krekeler.